

Thurgauer Zeitung

thurgauerzeitung.ch



Glanzresultat

Brigitte Häberli ist zur Präsidentin des Ständerats gewählt worden. Thurgau

Handball-Talent aus Horn

Justin Kürsteiner ist 18-jährig und spielt bereits für den TSV St. Otmar. Oberthurgau

Üppig und zauberhaft

Die weihnachtlichen Familienstücke der regionalen Theater. Ostschweizer Kultur

Kirchgemeinde: Kritik auf beiden Seiten

Bussnang-Leutmerken Seit vergangener Donnerstag ist bekannt, dass die Behörde der Evangelischen Kirchgemeinde Bussnang-Leutmerken eine Bestätigungswahl für Pfarrer Jann Flüsch fordert. Einige Kirchbürger erzählen, dass der Pfarrer zu wenig Empathie habe und seine Predigten zu intellektuell und abgehoben seien. Zudem lasse er nicht mit sich reden und gehe nicht auf Wünsche der Kirchbürger ein. Flüsch wehrt sich gegen diese Vorwürfe und kritisiert seinerseits die Kirchenvorsteherschaft. Sie sei wie ein Fähnlein im Wind. Den Querelen in der Gemeinde zugrunde liegt wohl eine persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Pfarrer und der früheren Kirchgemeindepräsidentin. Für die Behörde sei die Situation schwierig, sagt der Vizepräsident. «Wir haben alles versucht», sagt Dirk Schlatterbeck auf Anfrage. (sba) **Region Weinfelden**

Rutishauser braucht Bedenkzeit

Nach seiner Wahlniederlage hat sich der Güttinger Gemeindepräsident Urs Rutishauser noch nicht entschieden, ob er am zweiten Wahlgang teilnimmt. Für das Güttingen nach dem Politbeben gibt es mehrere Szenarien.

«Für Kontinuität und Stabilität!» Mit diesem Slogan hatte der Güttinger Gesamtgemeinderat in Inseraten Werbung für sich gemacht. Der Wahlsonntag brachte nun genau das Gegenteil. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich mehrheitlich für den Wahlspruch der beiden Sprengkandidaten Theo Fritschi und Werner Schellenberg entschieden: «Es ist Zeit für eine Veränderung.»

Einen Tag nach dem denkwürdigen Wahl- und Abstimmungssonntag ist noch nicht klar, wie die Gemeindebehörde in der nächsten Legislaturperiode zusammengesetzt sein wird.

Der parteilose Gemeindepräsident Urs Rutishauser, dem die Stimmberechtigten die Wiederwahl vorerst verweigerten, weiss noch nicht, ob er zum zweiten Wahlgang am 12. März 2023 antreten will. «Ich muss zuerst in mich gehen und etwas Selbstreflexion betreiben», sagt er. Auch gebe es noch viele Gespräche zu führen mit allen «Exponenten». Offen ist auch, ob Gemeinderat Markus Weber seine Wiederwahl annehmen wird.

Die grosse Wahlsiegerin ist die SVP. Mit den zwei Neuen hat sie drei Sitze

im Güttinger Gemeinderat bereits auf sicher. Ortsparteipräsident Armin Vogt hatte nicht mit einem solch «krassen» Wahlergebnis gerechnet. Er sei natürlich hochofret, «aber es ist nicht unser Ziel, das Dorf auf den Kopf zu stellen, sondern konstruktiv die Arbeit des Gemeinderates weiterzuführen». Strebt die Partei nun auch noch das Amt des Gemeindeoberhauptes an? Es stehe derzeit niemand parat, sagt Armin Vogt. Es gebe höchstens ein paar Ideen. Somit sind alle Szenarien denkbar für den entscheidenden zweiten Wahlgang. Auch, dass Güttingen plötzlich

ohne einen Gemeindepräsidenten dastehen könnte.

Für die aus dem Gemeinderat verdrängten Markus Hochuli und Sandra Stadler ist das Kapitel Kommunalpolitik Ende Mai 2023 beendet. Für Stadler geht es in der Kantonalpolitik aber unvermittelt weiter. Auf die Mitte-Kantonsrätin wartet als Präsidentin ihrer Kantonalpartei viel Arbeit: Sind im Frühjahr 2023 die Kommunalwahlen abgeschlossen, geht es in die nationalen Wahlen und 2024 in die kantonalen Wahlen. (ubr/hs)

Thurgau, Region Kreuzlingen

Salzkorn

Respekt: Unentschieden gegen Spanien und erst noch gut gespielt. Nun hätte Deutschland an der WM allen Grund zur Spielverlagerung – weg vom Schwingen der Moralkeule hin zum Fussball.

Schon am Morgen darauf folgt die Ernüchterung. Es wird weiter mit Empörung gespielt. Über einen ehemaligen deutschen Nationalspieler etwa und seinen schrägen Vergleich zwischen den Bekleidungsgehnheiten der Katarer und einem Bademantel. Oder über den Ex-Bundestrainer Jürgen Klinsmann, der die Spielweise der Iraner mit ihrer Kultur in Verbindung gebracht hat. Leuchtet irgendwie ein: In der Schweiz gibt es ja auch den Réduit-Fussball.

Es ist offenkundig eine schwere Bürde, mit einem moralischen Zeigefinger geboren worden zu sein. Immer nur Spielverderber, immerzu empört. Dabei muss man einen Gegner doch schlagen (oje!), um im Fussball gewinnen zu können. Am besten geht das, wenn man ihn an die Wand spielt oder gleich auseinandernimmt. Unverschämt? Und wie. Aber vor allem macht das Zuschauen unverschämt Spass. ck

Und jetzt: Cool bleiben

Die Schweizer Nati verliert gegen Brasilien 0:1. Doch gegen Serbien reicht ein Remis. Eine Analyse.

François Schmid-Bechtel

Wenn man während der gesamten Spielzeit zu keinem gefährlichen Abschluss kommt, lautet der Vorwurf schnell mal: Angsthasenfussball. Aber wenn der Gegner Brasilien heisst, muss man etwas relativieren. Brasilien, fünfmaliger Weltmeister, 214 Millionen Einwohner, ein Land übersät von Quellen, aus denen unentwegt Balkünstler der Extraklasse sprudeln. Brasilien, eine Fussball-Grossmacht, für die nur der WM-Titel gut genug ist. Allein die beiden Wunderstürmer von Real Madrid, Vinicius und Rodrygo, haben einen Marktwert so hoch wie fast das gesamte 26-Mann-Kader der Schweizer.

Im Vergleich mit den Brasilianern sind wir ziemlich klein. Und wenn Noah Okafor und Xherdan Shaqiri kurzfristig verletzt ausfallen, sogar noch etwas kleiner. Aber wir haben mit Murat Yakin einen Trainer, der aus klein schon häufig gross gemacht hat. Beispielsweise den FC Basel im Europacup mit Siegen gegen Chelsea und Tottenham.

Yakin macht gegen Brasilien auch die Nati gross. Mit einem taktischen Masterplan, der den Ballvirtuosen kaum Raum zur Entfaltung bietet. Einziger Kritikpunkt: In den seltenen Szenen, in denen die Schweiz offensiv etwas hätte ausrichten können, fehlen Mut, Präzision und Klasse.

82 Minuten hält der Schweizer Riegel, ehe er durch Casemiro geknackt



Lange hält der Schweizer Riegel. Aber dann, in der 83. Minute, trifft Casemiro zum 1:0 für Brasilien.

Bild: Andre Penner/AP

wird. Deshalb wird es noch einmal knifflig für die Schweiz. Am Freitag, wenn der Gegner Serbien heisst und das Spiel emotional aufgeladen wird. Wir erinnern uns an die WM 2018, als Granit Xhaka und Shaqiri ob der

serbischen Provokationen der Kragen platzte. Aber Xhaka und Shaqiri wirken derzeit derart abgeklärt, dass eine Wiederholung der Ereignisse schwer vorstellbar ist. Schweiz – Serbien ist auch ein Spiel, das darüber

entscheidet, ob Yakin in der öffentlichen Wahrnehmung als brillanter Nati-Trainer gilt. Gut waren die Serben bislang nicht. Weil Yakin schon schwierigere Aufgaben gelöst hat, ist Zuversicht angebracht.

ANZEIGE

Auch Gutes tun, kostet Geld.



obvita www.obvita.ch
Das soziale Unternehmen für St. Gallen und die Ostschweiz



Die grosse Hürde der Pensionskassenreform

Bei den PK-Renten geht es um die Wurst: Wer erhält welchen Rentenzuschlag?

Anna Wanner

Die Pensionskassenreform geht in die nächste Runde. Erklärt Ziel von Bundesrat und einer Mehrheit des Parlaments: die Umverteilung zwischen aktiver Erwerbsbevölkerung und Rentnern eindämmen. Denn diese ist im System der beruflichen Vorsorge nicht vorgesehen, hier spart jeder für sich. Weil die Menschen älter werden, reicht aber das angesparte Alterskapital in der Pensionskasse häufig nicht bis ans Lebensende. Deshalb wurden seit 2014 über 45 Milliarden Franken umverteilt.

Dass diese Umverteilung systemfremd ist, wird nicht bestritten. Auch die dafür notwendige Änderung liegt auf der Hand: Der Mindestumwandlungssatz, welcher die Höhe der Rente bestimmt, muss gesenkt werden. Heute liegt dieser bei 6,8 Prozent, neu soll er bei 6 Prozent definiert werden. Dies bedeutet eine Rentenkürzung von 12 Prozent für obligatorisch versicherte Löhne bis 86 040 Franken.

Verschlechtert sich die Rente der Pensionskasse?

Weil die Reform zu keinen Renteneinbussen führen darf, diskutiert das Parlament seit bald drei Jahren darüber, wie sich die Lücken schliessen lassen. In vielen Fragen zeichnet sich eine Einigung ab – etwa in der Verein-

heitlichung der Altersgutschriften: Künftig werden die 25- bis 44-jährigen neun Prozent ihres versicherten Lohnes in die Pensionskasse stecken, ab 45 Jahren sind es dann 14 Prozent. Auch bei der Eintritts- und Altersschwelle für BVG-Löhne sind viele Beteiligte optimistisch, dass sich das Parlament einigen wird.

Über eine Frage wird indes heftig gestritten, sie entscheidet massgeblich über den Erfolg der Revision. Wie hoch soll die Kompensation ausfallen? Und wie breit ist der Kreis der Betroffenen, die von einem Rentenzuschlag profitieren sollen?

Dabei geht es nicht um Peanuts, sondern um Milliarden von Franken. Je nachdem, was alles in die Rechnung gepackt wird, kostet die Reform nicht 9 oder 11 Milliarden, sondern 29 Milliarden Franken.

Wer soll wie viel Rentenzuschlag erhalten?

Aber von vorne: Sinkt der Umwandlungssatz, sinkt auch die Rente. Für jene, die kurz vor der Pensionierung stehen, kann auch ein zusätzlicher Sparanreiz die Lücke nicht füllen. Darum wollen Bundesrat und Parlament einer Übergangsgeneration von mindestens 15 Jahren eine Kompensation auszahlen.

Hier stehen sich vier Modelle gegenüber. Bundesrat und Sozialpartner, unterstützt von

Grünen und SP, wollen ein umfassendes Modell: Jede Neurentnerin, jeder Neurentner soll einen Zuschlag erhalten. Für die ersten fünf Jahrgänge sind 200 Franken pro Monat vorgesehen, für die zweiten fünf Jahrgänge 150 und für die dritten fünf Jahrgänge noch 100 Franken. Ab dem 16. Jahrgang entscheidet der Bundesrat, ob noch eine Zusatzzahlung nötig ist. Kostenpunkt der bundesrätlichen Variante: 29,7 Milliarden Franken.

Der Nationalrat hat mit deutlicher Mehrheit ein anderes Modell verabschiedet: Nur wer direkt von der Senkung des Mindestumwandlungssatzes betroffen ist, soll einen Rentenzuschlag erhalten. Weil die meisten Erwerbstätigen im Überobligatorium versichert sind, weil sie mehr als 86 040 Franken im Jahr verdienen, schrumpft der Kreis der Betroffenen laut Berechnungen des Bundesamts für Sozialversicherung auf rund 35 bis 40 Prozent der Neurentnerinnen.

Ständeratskommission sucht nun den Mittelweg

Gleichzeitig wird die Höhe der Zuschläge für jene gekürzt, die nur kleinere Renteneinbussen haben: Im Prinzip soll nur jener Teil der Rente ausgeglichen werden, der durch die Reform verloren geht. Kostenpunkt dieses Vorschlags: 9,1 Milliarden Franken.

Die beiden Modelle unterscheiden sich auch in der Finanzierung: Das Bundesratsmodell zwackt bei jedem Lohn 0,5 Prozent ab. Das Nationalratsmodell würde 0,15 Prozent auf den versicherten BVG-Lohn aufschlagen – allerdings befristet.

Auch eine Mehrheit der Ständeratskommission lehnt das ausgebaute Kompensationsmodell des Bundesrates ab. Denn sie hält es für unsinnig, dass die Erwerbstätigen, die über die Reform eigentlich entlastet werden sollen, teilweise deutlich mehr zahlen müssen. Die Rede ist von einer Giesskanne, von der auch Personen mit einer üppigen Rente profitieren.

Die Kommission suchte einen Mittelweg und schlägt darum ein erweitertes Nationalratsmodell vor, von dem rund 50 Prozent der Neurentnerinnen und Neurentner profitieren würden – ebenfalls mit Kompensationen, die von der Höhe der Renteneinbüsse abhängen. Dieses Modell würde rund 12 Milliarden Franken kosten.

Ob sich darauf aufbauen lässt? Zumindest eine bürgerliche Mehrheit stand zuletzt hinter der Idee eines schlanken Modells. Doch es würde bedeuten, erneut eine Rentenabstimmung gegen die Linke und die Gewerkschaften zu führen – im Unterschied zur AHV-Reform allerdings ohne die Unterstützung des Bundesrats.

Lehrermangel: Jetzt äussert sich der Bundesrat

Politiker sorgen sich um die Qualität an der Volksschule.

Kari Kälin

Die Generation der Babyboomer geht langsam in Rente: Bis im Jahr 2031 müssen die Kantone für die Primar- und Oberstufe rund 70 000 neue Lehrpersonen rekrutieren. Abgängerinnen und Abgänger von Pädagogischen Hochschulen (PH) werden die Lücke gemäss dem Bundesamt für Statistik nicht schliessen können. Schon jetzt setzen die Behörden auf Notmassnahmen. Sie legen Klassen zusammen oder engagieren Lehrer ohne Diplom.

Verantwortlich für die Volksschule sind die Kantone. Die Bildungskommission des Nationalrats (WBK) hat aber einen Hebel entdeckt, mit dem auch der Bundesrat dem Lehrermangel entgegenwirken könnte: Das Bundesgesetz zur Hochschulbildung, das auch den Zugang zu den PH regelt, besagt, dass man eine gymnasiale Matura oder eine Fachmatura mit pädagogischer Ausrichtung benötigt, um ohne Zusatzprüfung ein PH-Studium starten zu können.

Personen mit Berufsmatura sind nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen. In der Praxis bedeutet das: Berufsmaturanden müssen eine Aufnahmeprüfung bestehen – was ohne Vorkurs schwierig sei, wie die Bildungskommission kritisiert. Diese Hürde sei zumindest auf Stufe Primarschule nicht mehr gerechtfertigt. «Man holt quasi Lehrpersonen von der Strasse», schreibt die Bildungskommission in einem Vorstoss. Und man wolle Studenten und Pensionäre einsetzen. Gerade in Zeiten von Lehrermangel sei es unverständlich, ausgebildeten Berufsleuten mit Berufsmatura den direkten Zugang für ein PH-Studium zu versperren.

Stadler: Via Berufsmatura ins Klassenzimmer

Eine treibende Kraft hinter den Plänen der Bildungskommission, die im Parlament auf breite Unterstützung stossen, ist Simon Stadler. Die heutige Situation in den Schulen mit den vielen un ausgebildeten Lehrkräften sei nicht mehr tragbar, sagt der Urner Mitte-Nationalrat.

Stadler hat nach abgeschlossener Maurerlehre und sieben Jahren Arbeit auf dem Bau die Berufsmatura absolviert und danach das Primarlehrerdiplom gemacht. Er übernimmt immer noch regelmässig Stellvertretungen und kennt die Realität im Klassenzimmer. Stadler musste einen Vorkurs besuchen, der die Primarlehrerausbildung von drei auf vier Jahre verlängerte. Diese Zeit raubende Zusatzschleife könne Personen mit Berufsmatura potenziell vom PH-Studium abhalten, sagt Stadler. Und: «Bildungspolitikerinnen und -politiker feiern gerne die Medaillen unserer fantastischen Berufsleute an Weltmeisterschaften und loben das duale Bildungssystem. Wenn sie dann den Zugang zu weiterführenden Schulen wie der PH erschweren, zeugt das von einem gewissen elitären Standesdenken.»

Der Bundesrat will jetzt immerhin prüfen, ob Berufsmaturanden prüfungsfrei an einer PH studieren dürfen sollen oder nicht. Er hat letzte Woche das entsprechende Postulat der Bildungskommission zur Annahme empfohlen. Die Forderung, die Barriere mittels Gesetzesänderung schneller niederzureissen, lehnt er jedoch ab – mit Gründen, die Stadler nicht überzeugen. Postulate seien oft ein Mittel, um Forderungen zu verschleppen. «Doch in der Schweiz besteht schon heute ein akuter und lange anhaltender Lehrkräftemangel», gibt Stadler zu bedenken.

Einverstanden mit dem Vorgehen des Bundesrats, die Frage der Zulassung zuerst in einem Bericht zu analysieren, ist hingegen Dagmar Rösler. «Der Berufsmatura fehlt die thematische Breite im Vergleich zur gymnasialen Matura oder zur Fachmatura mit pädagogischer Ausrichtung», sagt die Präsidentin des Dachverbandes der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer. Der Verband setze alles daran, um die Qualität der Lehrerausbildung hochzuhalten. «Das erreicht man nicht, indem man die Hürden für die Zulassung senkt», sagt Rösler.

Die Räte sind in Mitte-Hand



Zum Auftakt der Wintersession haben die Räte ihre Präsidien neu besetzt. Die Thurgauerin Brigitte Häberli-Koller präsidiert neu den Ständerat, der Bündner Martin Candinas den Nationalrat. Die beiden Mitte-Politiker haben sich gemeinsam ein Motto für ihr Präsidialjahr ausgedacht: «Gemeinsam – Ensemble – Insieme – Ensemen».

Bild: Alessandro Della Valle/Keystone

Eine Milliarde für Ausbildung von Pflegenden

Parlament macht Weg frei für die erste Etappe

Knapp 61 Prozent der Stimmbewölkerung stimmten auf den Tag genau vor einem Jahr der Pflegeinitiative zu. Daraufhin kündigte der Bundesrat an, die Vorlage in zwei Etappen umzusetzen.

Gestern Montag hat das Parlament das Gesetz bereits unter Dach und Fach gebracht. Nach dem Ständerat sprach sich auch der Nationalrat deutlich für die Umsetzung der ersten Etappe aus.

Die breite Akzeptanz kommt nicht von ungefähr. Die Vorschläge entsprechen dem indirekten Gegenvorschlag zur

Initiative, den das Parlament selbst ausgearbeitet hatte. Der Gegenvorschlag sieht als Kernelement eine Ausbildungsoffensive vor. Konkret schlägt der Bundesrat vor, die Ausbildung zu Pflegefachpersonen während acht Jahren mit bis zu einer Milliarde Franken durch Bund und Kantone zu fördern. Dabei erhalten etwa Spitäler oder Pflegeheime Geld, um die Pflegefachkräfte auszubilden.

Mit diesem Vorgehen möchte der Bundesrat die Ausbildungsoffensive im Pflegebereich rasch umsetzen. (rwa)

Eine glanzvolle Wahl

Brigitte Häberli ist Ständeratspräsidentin. In ihrer Antrittsrede übt sie Kritik an radikalen Strömungen.

Silvan Meile

Brigitte Häberli krönt ihre politische Karriere mit einem Glanzresultat. 45 von 46 Stimmen bei einer Enthaltung machten sie am Montagabend zur Präsidentin des Ständerats. Familie, Freunde, Parteikollegen sowie die komplette Thurgauer Regierung sind nach Bern gereist, um zu gratulieren. Ihre Wahl sei nicht nur für sie, sondern auch für den Kanton Thurgau eine Ehre, sagt Häberli.

Man muss in den Geschichtsbüchern bis ins Jahr 1976 zurückblättern, um mit Hans Munz (FDP) einen Thurgauer zu finden, der letztmals den Ständerat präsidierte.

Es erwachse Widerstand gegen die Politik

Ihre Antrittsrede hielt Häberli in den vier Landessprachen. Dabei rückte sie aktuelle Probleme ins Zentrum: Gesundheitskrise, Energiekrise, Klimakrise sowie das Infragestellen der Neutralität. Und gegen die Politik erwachse Widerstand. Ihre Kritik galt Corona-Massnahmengegnern und radikalen Klimaprotesten: «Er reicht vom zivilen Ungehorsam auf der Strasse bis hin zu gefährlichen Verschwörungstheorien in bestimmten Milieus und Kreisen.» Das erzeuge Ängste. «Und wo die Angst ein gesundes Ausmass überschreitet, festigen sich radikale Überzeugungen.»

Es gelte, Sorge zu tragen, dass die zivilen Rechte nicht durch neue, schrill vorgetragene Forderungen einer Minderheit ausgehebelt würden. «Wir müssen unterscheiden zwischen der berechtigten Meinungsfreiheit des Einzelnen und den radikalen Forderungen bestimmter Gruppierungen», sagte die neue Ständeratspräsidentin aus Bichelsee. «Konflikte müssen wir aushalten.» Denn ohne Konflikte gebe es keine



Brigitte Häberli übernahm am Montag das Ständeratspräsidium vom Glarner Thomas Hefti (FDP).

Alessandro Della Valle/Keystone

Demokratie. «Aber unsere direkte Demokratie in der Schweiz ist keine Tyrannei der Mehrheit, unsere direkte Demokratie setzt auf eine mündige Gesellschaft, und unsere direkte Demokratie widersteht dem Missbrauch.»

Das beste und ehrlichste Ventil der Bürgerinnen und Bürger sei in der hiesigen Demokratie die Volksinitiative. In den letzten 20 Jahren hätten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zwölf Volksinitiativen angenommen, zwei mehr als in den gesamten 100 Jahren zuvor. «Wir leben in einer direkten De-

mokratie, wo sich niemand auf der Strasse festkleben muss, wo niemand Gemälde mit Kartoffelstock bewerfen muss – und wo man sich auch nirgendwo anketten muss.»

«Respekt, Offenheit und Ehrlichkeit»

Es sei auch nicht fair, hinter den Fehlern der Vergangenheit böswillige Absichten der Politik zu vermuten. Es gebe keine «Covid-Lüge», es gebe keine «Klima-Lüge» und erst recht keine «Energie-Lüge». Um an der Demokratie teilzunehmen, brauche es keine dramatischen

Inszenierungen und radikalen Reden.

Die Herausforderungen der Zukunft müssten miteinander gemeistert werden – und nicht gegeneinander, appellierte die Mitte-Politikerin. «Respekt, Offenheit und Ehrlichkeit sind die Voraussetzungen für unseren Erfolg.» Darum soll ihr Präsidialjahr unter dem Motto «gemeinsam, ensemble, insieme» stehen.

Für den festlichen Rahmen im Ständeratssaal sorgte das Thurgauer Frauen-Trio Artemis, ein Kammermusik-Ensemble. Die neue Ständeratspräsidentin

lud nach der Ratssitzung im Bundeshaus zum Apéro mit Thurgauer Spezialitäten.

Am Mittwoch empfängt der Thurgau die zweithöchste Schweizerin. Dann reist Brigitte Häberli in einem Extrazug von Bern nach Frauenfeld. In der Stadtkaserne findet ein offizieller Festakt des Kantons statt, an dem auch Bundesrat Alain Berset teilnehmen wird. Im Anschluss gibt es einen Apéro für die Bevölkerung. Ab 16.30 Uhr wird Brigitte Häberli in ihrer Wohngemeinde Bichelsee-Balterswil zum Festbankett erwartet.

Zehn Winzer für 29 Weine geehrt

Weinbau Trotz des schwierigen Rebjahrs 2021 erreichten die Thurgauer Weine in den Augen des Branchenverbands Thurgau Weine (BTW) eine «hervorragende Qualität». An der Prämierungsfeier 2022 konnte der Verband zehn Mitglieder für 29 Weine aus allen Thurgauer Weinregionen ehren, die an nationalen oder internationalen Wettbewerben eine Auszeichnung erhalten haben: Füllemann Wein (Berlingen), Haag Wein (Hüttwilen), Rutishauser DiVino SA (Winterthur), Schlossgut Bachtobel (Weinfelden), Schloss Herdern (Herdern), Schmidweine (Schlattingen), Türmliwy (Buchackern), Weingut Saxer AG (Nussbaumen), Weingut Wolfer (Weinfelden), WeinKeller.sh (Schaffhausen). «Das Terroir wird nicht nur von klimatischen, bodenkundlichen und landwirtschaftlichen Einflüssen bestimmt, sondern auch durch die Menschen mit ihrem Know-how und ihren Traditionen», sagte BTW-Präsident Jakob. «Die Gesamtheit dieser natürlichen und menschlichen Einflüsse verleiht dem Produkt Charakter, Qualität und Besonderheit.»

Diese Weine zeigten, dass die Winzerinnen und Winzer auch in schwierigen Jahren eine gute Weinqualität erreichen können. «Ganz anders präsentiert sich das Weinjahr 2022», erklärte Rebbaukommissär Markus Leumann. Bereits heute lasse sich von einem sehr guten Jahrgang träumen, der nun in den Kellern lagert.

Start des Projekts «Thurgauer Staatsweine»

2023 wird es erstmals Thurgauer Staatswein geben. Im Frühling wählt eine Fachjury aus den Teilnehmenden drei Rot- und drei Weissweine aus. Dann degustiert eine Jury aus Gastronomie, Wirtschaft und Politik die Finalisten und entscheidet sich für je einen Staatswein, der ein Jahr lang das Label tragen darf und an Anlässen der Regierung verwendet wird. (red)